die Industriellen 15 Millionen Dollar als Kohlensteuer für das abgelaufene Jahr bar bezahlen. Das bedeutet eine so erhebliche Belastung, daß darüber unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt gefährdet ist. Inwieweit die Wirtschaftsmaschine überhaupt unter diesem Druck noch laufen kann, kann erst die Praxis ergeben.

Oertliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Sprechtag.) Das Bezirksamt für Kriegerfürsorge Kamenz hält am Dienstag, den 4. Dezember 1923, nachmittags 4—6 Uhr im Ratskeller zu Pulsnitz — 1 Treppe — Sprechtag ab. Erledigt werden Versorgungs- und Fürsorgeangelegenheiten, ferner werden Anträge und Gesuche entgegengenommen. Altrentner und Beschädigte aus früheren Kriegen können ebenfalls hier vorsprechen.

— (Kein wertbeständiges Geld zurückhalten!) Wie vielfach beobachtet worden ist, halten diejenigen Personen, die jetzt ganz oder teilweise in wertbeständigem Gelde bezahlt werden, diese Zahlungsmittel zurück. So sehr es an sich zu begrüßen ist, wenn Sparsamkeit wieder unter der Bevölkerung Platz greift, so liegt es doch nicht im wirtschaftlichen Interesse, wenn die wertbeständigen Zahlungsmittel aus dem Verkehr gezogen werden, denn eben dadurch, daß der Kaufmann seine Waren zum größten Teile immer noch in Papiermark einkaufen muß, weil ihm eben wertbeständige Zahlungsmittel seitens der Käufer nicht zur Verfügung gestellt werden, wird eine Verteuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel herbeigeführt, worunter wieder die Käufer zu leiden haben. Das sieht man z. B. an den ständig sich erhöhenden Goldmarkpreisen Es wird daher auch an dieser Stelle allen Bevölkerungskreisen dringend empfohlen, das in ihrem Besitze befindliche wertbeständige Geld in den Verkehr zu bringen, damit Handel und Wandel wieder in geregelte Bahnen gebracht werden

— (Der Milchpreis.) Nach den Erfahrungsgrundsätzen des sächsischen paritätischen Milchpreisausschusses gibt die Landespreisprüfungsstelle folgende Aenderung der in Nr. 272 der Sächsischen Staatszeitung veröffentlichten Milchpreismarktregelung mit Wirkung ab 30. November 1923 bekannt: 1 Liter Vollmilch, gekühlt, ab Stall 17 Pfg. Angemessener, Verliterungspreis des Erzeugers 19 Pfg. in ländlichen, 21 Pfg. in industriellen Gebieten.

— **(Die viel zu hohen Goldpreise.) Der Unterausschuß für Ernährung und Landwirtschaft des vorläufigen Reichswirtschaftsrates lenkt in einer Entschließung das Hauptaugenwert aller für die deutsche Wirtschaft verantwortlichen Kreise auf die vielfach zu hoch angesetzten Goldpreise. Diese zu hohen Goldpreise müßten herabgesetzt werden, da andernfalls ein Wettbewerb mit dem Auslande möglich gemacht werde. Die Innenmark sei ebenfalls nicht genügend aufnahmefähig, weil die breiteren Schichten der Bevölkerung bei den hohen Goldpreisen nicht kaufkräftig genug sind. Mit der Verteilung der Goldzahlungsmittel müsse der sofortige Abbau der Risikoprämien und der zu hohen Grundpreise einhergehen, sonst trete sofort eine Entwertung des wertbeständigen Zahlungsmittels ein, und es beginne eine neue fürchterliche Inflationsperiode.**

— **(Starker Rückgang im Eisenbahnverkehr.) Am 1. Dezember kommen weitere 43 Zugverbindungen im Reichseisenbahnverkehr in Fortfall. Seit der Goldpreisberechnung ist der Personenverkehr ständig zurückgegangen. Er erreichte in der ersten Hälfte des November 58,4 Prozent.**

— (Der Streik der Kassenärzte beschlossen.) Der Verband der Aerzte Deutschlands mit dem Sitz in Leipzig hat den Streik beschlossen. Er hat den Krankenkassen für seine Mitglieder definitiv zum 1. Dezember gekündigt. Damit ist der schwebende Streit zwischen Krankenkassen und Aerzten zum offenen Konflikt geworden. Infolge dieses Beschlusses der Aerzte beginnt am 1. Dezember in ganz Deutschland der vertragslose Zustand gegenüber den Krankenkassen. Die Krankenkassen werden als Privatpatienten behandelt und müssen die ortsüblichen Sätze der Privatpraxis bezahlen. Ein Schreiben des Reichsarbeitsministeriums, das an den Groß-Berliner Aerztebund und den Leipziger Wirtschaftlichen Verband gerichtet war, hat das rollende Rad nicht mehr aufhalten können.

— (Die Rentenmark im Postscheckverkehr.) Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten wird der Postscheckverkehr im Einvernehmen mit dem Reichswährungskommissar in den Tagen vom 13. bis 15. Dezember auf Rentenmark umgestellt. Vom 17. Dezember ab werden die Postscheckkunden über ihr Guthaben in Rentenmark verfügen können. Auf diese Weise wird für die Postscheckkunden die Möglichkeit geschaffen, (was für die Wirtschaft von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist) Beträge von Konto zu Konto zu überweisen und daneben auch wertbeständig Barzahlungen zu empfangen und zu leisten. Die Weiterführung der Papiermarkkonten neben den Rentenmarkkonten hat sich wegen der Betriebs- und Raumverhältnisse der Postscheckämter nicht ermöglichen lassen.

vielleicht auch ein mit der Spitze gegen den neuen Justizminister gerichteter Mißtrauensantrag der Sozialdemokraten vorliegen wird. Man rechnet damit, daß die Mißtrauensanträge von den bürgerlichen Parteien einschließlich der Deutschnationalen abgelehnt werden. Ein ausdrückliches Vertrauensvotum wird vom neuen Kabinett voraussichtlich nicht gefordert werden. Was die Haltung der Deutschnationalen betrifft, so wird erklärt, man wolle die Programmrede Dr. Marx abwarten, sei aber grundsätzlich das Kabinett Marx mit Rücksicht auf die ungeheure Notlage des Volkes zu unterstützen bereit. Das neue Kabinett stelle sich seinem Wesen nach der Auffassung der rechtsvolksparteilichen Kreise als ein Uebergangskabinett dar.

Eine Erklärung der neuen Reichskabinetts.

Berlin, 1. Dezember. Der „Berl. Lokalanz." berichtet: Der Reichstag wird am Dienstag erst, aber wohl kaum zu einem späteren Termin, zusammentreten, um die Erklärung der neuen Reichsregierung entgegenzunehmen. Wie man aus parlamentarischen Kreisen hört, hat der Reichskanzler die Absicht, eine kurze Regierungserklärung abzugeben und anschließend den Reichstag um die Ermächtigung für eine Reihe dringendster Maßnahmen zu ersuchen. Diese werden sich vor allem auf Steuerfragen beziehen, da die bereits vorliegenden Pläne und Maßnahmen umgehend in die Tat umgesetzt werden müssen, wenn es gelingen soll, der Währung die nötige Stützung zu verleihen. Da es sich bei dem geforderten Ermächtigungsgesetz nur um Maßnahmen handelt, die nicht verfassungsändernder Natur sind, genügt für die Annahme des Ermächtigungsgesetzes die einfache Mehrheit.

Der neue Reichskanzler.

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstages, Geheimer Justizrat Wilhelm Marx wurde als Sohn eines Volksschulrektors im Jahre 1863 in Köln geboren. Er studierte in Bonn die Rechte und wurde in den verschiedensten Stellen des Justizdienstes im Rheinlande beschäftigt. Von 1894 ab war er Landrichter in Elberfeld, später in Köln und wurde 1906 in Köln Oberlandesgerichtsrat, dann Landgerichtsrat in Limburg, bis er 1921 zum Senatspräsidenten am Kammergericht ernannt wurde. Politisch hat sich Marx seit langen Jahren in der Zentrumspartei betätigt. So war er 1899 bis 1918 preußischer Landtagsabgeordneter, dann Mitglied des Reichstages, der Nationalversammlung und des augenblicklichen Reichstages. 1921 wurde Marx, der vorher Vorsitzender der Rheinischen Zentrumspartei war, nach dem Tode Trimborns als dessen Nachfolger zum Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages gewählt.

— (Die Gebühren der amtlichen Schlachtvieh- und Fleischbeschau.) Für die Schlachtvieh- und Fleischbeschau gelten bei einer Gesamtlebenshaltungsziffer von 1 615 000 Millionen vom 3. Dezember 1923 ab folgende mit 1000 zu vervielfältigende Gebühren: 1. zu § 38 a) Rind 3 633 750 000 Mk. Schwein 2 018 750 000 Mk., Kalb, Schaf 1 453 500 000 Mark, Ziege, Hund 969 000 000 Mk., Ferkel, Zickel, Lamm 484 500 000 Mk.; b) die Hälfte der vorstehenden Sätze; d) Zeugnis 807 500 000 Mk.; e) Ueberwachung der unschädlichen Beseitigung 1 211 250 000 Mk. 2. zu § 39 Pferd, Einhufer, Rind 6 460 000 000 Mk., in den übrigen Fällen 2 422 500 000 Mk. 3. zu § 40 Schwein, Wildschwein 1 211 250 000 Mark, Hund 807 500 000 Mk, Stck. Fleisch, Stck. Speck 484 500 000 Mark. 4. zu § 41 Viertel Pferd oder Rind, halbes oder ganzes Schwein 1 615 000 000 Mk., Kleinvieh ganz oder halb 807 500 000 Mk., Stück Fleisch 484 500 000 Mark, Ferkel, Zickel, Lamm, Hund, Eingeweide 323 000 000 Mark.

— (Mütterberatung.) Die Mütterberatung in Großnaundorf findet am Freitag, den 7. Dezember, nachmittags 2 Uhr in Büttners Gasthof statt.

Arnsdorf. (Der sozialdemokratische Pfarrer Starke als Leiter des Schwesternhauses?) Wie verlautet, ist der der Sozialdemokratischen Partei angehörende Pfarrer Starke aus Kirchberg als Nachfolger des von der Regierung auf Grund des Beamtenpflichtgesetzes in den Ruhestand versetzten Geh. Rates Pfarrers Naumann als Leiter des hiesigen staatlichen Schwesternhauses ausersehen.

Dresden. (Getreide- und Mehlpreise.) Vor wenigen Tagen hat der Landeskulturrat eine Erklärung in der sächsischen Presse veröffentlicht, nach der die hohen Brotpreise nicht auf die Erhöhung der Getreidepreise zurückgeführt werden könnten, sondern daß die Ursachen wo anders liegen. Dazu schreibt der Sächsische Mühlenverband: Es werden die Roggenpreise im Vergleiche zum Mehlpreise angeführt, aber nicht gesagt, daß die tatsächlich gezahlten Roggenpreise infolge des Verlangens der Landwirte, Getreide nur in wertbeständigen Zahlungsmitteln abzugeben, weit höhere als die angegebenen waren. Weiter war der Mehlpreis laut Berliner Börsennotiz am 19 November nicht 42.50 M, sondern 30.50 M. Die Steigerung betrug demnach beim Roggen 38 v H, beim Mehl 46 v H. Nun erleidet die Mühlenindustrie aber gewaltige Verluste dadurch, daß sie zum Getreideeinkauf wertbeständige Zahlungsmittel beschaffen, dafür Riesenbeträge bei den Banken hinterlegen muß und bei Kurssteigerungen letzten Endes nur einen kleinen Teil desjenigen wertbeständigen Geldes erhält, den sie nach ihren Hinterlegungen hätte erhalten müssen. In Wirklichkeit zahlt die Mühlenindustrie also nicht 38 %, sondern 138 % mehr für den Roggen wie im Frieden und dazu kommen noch die Frachten und riesig hohen Kohlenpreise bei der Verarbeitung. Die Darstellung des Landeskulturrates bedarf also einer erheblichen Revidierung

Dresden. (Verweigerte Annahme von Papiergeld.) Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei schreibt: Dem Wirtschaftsministerium gehen seit einigen Tagen aus Verbraucherkreisen Klagen darüber zu, daß Geschäftsleute beim Verkauf von Waren die Annahme von Papiergeld verweigern und wertbeständige Zahlungsmittel fordern. Da der größte Teil der Bevölkerung heute jedoch noch mit Papiergeld entlohnt wird, und über andere Zahlungsmittel deshalb nicht verfügt, ist ein solches Vorgehen der Geschäftsleute geeignet, die große Masse der Bevölkerung in ihrer Existenz auf das schwerste zu gefährden, in dieser bitteren Not der Zeit die Erregung mehr zu steigern und Gefahren für die öffentliche Ruhe und Ordnung heraufzubeschwören. Papiergeld ist heute noch gesetzliches Zahlungsmittel und muß deshalb im Warenverkehr aufgenommen werden. Außerdem machen sich in letzter Zeit seit Berechnung nach Goldmark wieder die schlimmsten Anzeichen eines gemeinen Preiswuchers bemerkbar. Das Wirtschaftsministerium hat deshalb die Landespreisprüfungsstelle und die Preisprüfungsstellen im Lande angewiesen, die Preisgestaltung auf das Strengste zu verfolgen und Wucherer oder Preistreiber unnachsichtlich der Strafverfolgung zuzuführen. Geschäftsleute, die sich in der vorgenannten Art gegen die öffentlichen Interessen vergehen, haben zu gewärtigen, daß ihnen die Erlaubnis zum Warenhandel wegen Unzuverlässigkeit entzogen wird.

Leipzig. (Die Hypothekenaufwertung.) Der 5. Zivilsenat des Reichsgericht hat in einem gestern verkündigten Urteile den Grundsatz der Aufwertung der Hypotheken anerkannt, und den Hypothekengläubigern die Befugnis zugesprochen, die Aufhebung von Hypotheken zu verweigern, wenn die Rückzahlung nur in Papiermark erfolgen soll. In der Urteilsbegründung wird festgestellt, daß der Grundsatz Mark gleich Mark nicht unbedingt aufrecht erhalten werden könne. Andererseits ist aber nicht darüber entschieden worden, ob Sparkassenforderungen usw. der Entscheidung des Reichsgerichts in der Hypothenfache gleichgestellt werden können. In der Urteilsbegründung wird ferner gesagt, daß in der Aufwertungsfrage auch auf die wirtschaftlichen Umstände der Jetztzeit Rücksicht genommen werden müsse. Es müsse unter allen Umständen bei der Beurteilung der Frage die wirtschaftliche Lage des Schuldners, die Lasten öffentlicher Art, die dem Grundbesitze auferlegt sind, berücksichtigt werden und es müsse auch berücksichtigt werden, ob es sich bei dem Grundstücke um industriellen, landwirtschaftlichen oder Hausbesitz handelt. Die Bestimmungen des deutschen Währungsrechtes ständen der Aufwertung der Hypotheken nicht entgegen. Die Goldklausel könne nicht in Betracht gezogen werden, da der Gesetzgeber bei Erlaß dieses Gesetzes an eine wesentliche Entwertung der Papiermark nicht gedacht habe.

Plauen. (Das Hunger-Elend unserer Kinder.) Hier wurden letzter Tage in einer einzigen Schule und an einem einzigen Tage 8 Kinder vor Hunger ohnmächtig.

Elsterberg. (Heizung der Kirche durch die Kirchenbesucher.) Da die fernere Heizung der Kirche aus Kirchensteuermitteln unmöglich ist, sollen alle Gemeindemitglieder, die an den kommenden Wintersonntagen zur Kirche gehen, je 1 Brikett mitbringen. Bei der Sakristei wird ein Einfallschacht geöffnet werden, in den das mitgebrachte Heizungsmaterial wie in eine Weihnachtssparbüchse eingeworfen wird.

Döbeln. (Das unrühmliche Ende der Papiermarkscheine.) Die Papierfabrik Limmritz Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde, die waggonweise herbeigeschafft werden, beschäftigt. Aus dieser Masse wird feines Schreibpapier angefertigt.

Glauchau. (Warnung vor einem Mädchenhändler.) Anfang dieses Monats ist in einer Nachbarstadt ein unbekannter Betrüger aufgetreten, der sich als Betriebsleiter Herzog und Student Lipfert ausgab. Er hat sich an junge Mädchen herangemacht und angegeben, daß er für sie in Hengold lohnende Beschäftigung habe. Die Angaben haben sich als Schwindel herausgestellt. Vermutlich wollte der Mann die Mädchen ins Ausland verschleppen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 30. Novbr. (Ein neues Ermächtigungsgesetz.) Das neue Kabinett dürfte dem Reichstage alsbald ein neues Ermächtigungsgesetz vorlegen, das allerdings nur von geringerem Umfange